

Familienpolitik in herausforderungsvollen Zeiten

Dr. Hermann-Josef Tebroke, MdB

Nach Corona, Angriffskrieg in Europa, Energieknappheit und Preissteigerungen trüben sich nun auch noch die konjunkturellen Aussichten ein. Verunsicherung und Sorgen in der Bevölkerung sind groß und wachsen nach meiner Wahrnehmung weiter. Der bereits entstandene Wohlstandsverlust ist erheblich. Er lässt sich durch den Staat nicht mal eben ausgleichen. Das zuzugeben, fällt in der öffentlichen Debatte und den politischen Parteien schwer, ist aber nötig für eine ehrliche und wirksame Politik. Staat und Politik können immerhin dazu beitragen, in unserem Land schneller aus diesen multiplen Krisen herauszuwachsen und zumindest die schwerste Betroffenheit zu mildern. Letztere sehe ich insbesondere bei Familien mit Kindern, ganz gleich ob alleinerziehende Mütter und Väter oder Paarfamilien, bei Einkindfamilien oder kinderreiche Familien. Die aktuelle Inflation liegt mit über 10 % auf einem Rekordniveau, das wir in der Nachkriegszeit so noch nicht gesehen haben.

Die Preissteigerungen für Energie, Lebensmittel und Artikel des täglichen Bedarfs sind erheblich und treffen insbesondere Familien – nach all dem, was diese in der Corona-Krise ertragen und geleistet haben. Die Corona-Hilfen, wie etwa das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“, laufen aus. Hinzu kommen Engpässe in Kindertagesstätten und der OGS-Betreuung (Offene Ganztagschule), die aktuelle Debatte um die Zukunft der Sprachkitas und die Sicherung der Betreuungsqualität, die zu großer Verunsicherung führen, obwohl man den Menschen in diesen Zeiten doch Orientierung und Sicherheit geben sollte.

Familienhaushalte, die in den meisten Fällen ohnehin schon bei ihren Ausgaben auf jeden Euro achten, müssen überlegen, was an Anschaffungen aufgeschoben und worauf gänzlich verzichtet werden kann. Da reicht es oftmals nicht, den Urlaub zu streichen. Familien mit Kleinkindern können auch nicht auf gestiegene Preise reagieren, indem sie weniger Windeln kaufen. Viele haben in den letzten zwei Jahren durch die Auswirkungen der Pandemie ihre Rücklagen aufgebraucht, geschweige denn die Möglichkeit gehabt, solche zu bilden, auf die sie jetzt zurückgreifen könnten.

Die finanziellen Möglichkeiten des Staates sind trotz allem begrenzt - und die aktuelle Neuverschuldung des Staates ist schon jetzt gegenüber der nachfolgenden Generation unverantwortlich – womit es darauf ankommt, die Mittel gezielt für die besonders Betroffenen einzusetzen. Denn das Prinzip der Gießkanne führt lediglich dazu, dass zwar alle etwas bekommen, aber das bedeutet auch unnötig viel für diejenigen, die es nicht bräuchten, und somit zu wenig für die, die es am dringendsten benötigen.

Kurzfristig und unmittelbar kann der Staat zur



Foto: Cathy Schneider

Dr. Hermann-Josef Tebroke auf der BDV in Paderborn

finanziellen Entlastung von Familien beigetragen, indem er das Kindergeld und die Kinderfreibeträge erhöht. Insofern begrüße ich ausdrücklich die aktuelle Erhöhung des Kindergeldes, wie es die Bundesregierung jetzt durchgesetzt hat, halte sie gleichwohl für zu niedrig. Dass dabei die Erhöhung beim dritten Kind niedriger und ab dem vierten Kind ganz ausfällt, halte ich für ungerecht, zumal die Inflation auch das dritte und jedes weitere Kind betrifft. Grundsätzlich und perspektivisch ist das Kindergeld deutlich zu erhöhen und – dazu korrespondierend – der steuerliche Kinderfreibetrag auf das Niveau des steuerlichen Grundfreibetrags für Erwachsene anzuheben.

Im Hinblick auf die besondere Lage von Alleinerziehenden haben wir als Unionsfraktion im Deutschen Bundestag – bisher erfolglos – vorgeschlagen, dass das Kindergeld nur noch hälftig auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet wird. Das entspricht einer langjährigen Forderung vieler Vereine und Verbände, die sich für die Belange von Alleinerziehenden einsetzen.

Genauso konnte sich die Mehrheit des Parlaments bisher nicht durchringen, den steuerlichen Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende nochmals zu erhöhen oder besser noch durch eine Gutschriftenregelung zu ersetzen, von der alle Alleinerziehende unabhängig von ihrem Einkommen gleichermaßen profitieren würden.

Weitere Erleichterungen wären durch eine Überarbeitung der Umsatzsteuersätze möglich, also eine Absenkung der Umsatzsteuer auf weitere Grundnahrungsmittel oder auf Hygieneartikel für Kinder. Auch hierfür gibt es noch keine Mehrheit im Parlament. Als Beispiel einer mit

großer Mehrheit beschlossenen finanziellen Antwort auf die Inflationsfolgen sei an dieser Stelle dagegen die aktuell beschlossene Erhöhung der Bedarfssätze beim Arbeitslosengeld II, das jetzt Bürger-Geld heißt, erwähnt. Dies hilft den Menschen mit keinem oder geringem Einkommen – darunter auch denjenigen, die familienbedingt weniger erwerbstätig sein können. So wichtig die hier beispielhaft genannten Maßnahmen für Familien in der aktuellen Inflation sind, wirken sie doch nur kurzfristig. Die Reform des Systems finanzieller Familienhilfen insgesamt bleibt ein dringendes Anliegen.

Es ist eindeutig zu komplex und unübersichtlich. Es muss darum gehen, die zahlreichen und zum Teil konträren Ansätze aus unterschiedlichen Regelungsbereichen zusammenzuführen und den Zugriff für die Familien transparenter und einfacher zu gestalten. Familien sind oftmals zeitlich zu stark eingespannt, um sich mit aufwändigen Antragsverfahren zu befassen. Nicht selten werden gerade deswegen wertvolle Unterstützungsleistungen nicht in Anspruch genommen. Eine Entbürokratisierung und Digitalisierung könnte gerade da bedürftigen Familien helfen.

Festzuhalten bleibt: Die Rahmenbedingungen für Familien ändern sich. Familien auch. Aber Familie bleibt jene kleine Einheit, die vielfältig ausgestaltet sein kann, in der Menschen im Rahmen einer engen persönlichen, meist verwandtschaftlichen Beziehung auf Dauer, verbindlich, generationenübergreifend und insbesondere als Gemeinschaft mit Kindern füreinander Verantwortung übernehmen. Insofern ist und bleibt sie die Keimzelle der Gesellschaft. Gerade in Krisenzeiten wird die Bedeutung von Familie für ihre Angehörigen und die Gesellschaft insgesamt deutlich, aber auch ihre Verletzlichkeit. Daher können Politik und Gesellschaft sich nicht darauf beschränken, Familien in Sonntagsreden Applaus zu spenden. Sie müssen auch bereit sein, an Werktagen und in der Krise an ihrer Seite zu stehen. Starke resiliente Familien brauchen Zeit für sich, verlässlich gute Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur und finanziellen Spielraum – nicht nur, aber insbesondere in Krisenlagen.

Foto: Laurence Chaperon


Dr. Hermann-Josef Tebroke, MdB

Bundestagsabgeordneter für den Rheinisch-Bergischen Kreis der CDU, Leiter des kath. Verbandes ND und Vorsitzender des kath. Arbeitskreises für Familienenerholung

BDV IMPRESSIONEN
